

## **Nach Dresden-Krawallen: Wohnung von Jugendpfarrer durchsucht**

**SZ online 10.8.11**

Nach den gewaltsamen Ausschreitungen bei einem Rechten-Aufmarsch in Dresden wird nun auch in Thüringen ermittelt. Ein Jenaer Jugendpfarrer soll zu Gewalttaten angestachelt haben. Dieser ist sich keiner Straftat bewusst.

Dresden/Jena. Monate nach den Ausschreitungen am Rande eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden hat die Polizei am Mittwoch die Wohnung des bekannten Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Ihm werde aufwieglerischer Landfriedensbruch vorgeworfen, sagte der Dresdner Staatsanwalt Jan Hille der Nachrichtenagentur dpa. Laut Staatsanwaltschaft soll König aus einem Lautsprecherwagen Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. König wies die Vorwürfe zurück.

Er habe in Dresden „die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern“, sagte der 57-Jährige der dpa. Dies werde ihm nun als Beteiligung an der Eskalation ausgelegt.

Sächsische Beamte hatten am Morgen Königs Dienstwohnung bei der „Jungen Gemeinde Jena“ durchsucht. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis vom Einsatz der Kollegen. Die Thüringer Polizei sei weder an der Einsatzplanung noch an der Durchsuchung beteiligt gewesen, sagte ein Ministeriumssprecher.

### **Kompetenzen deutlich überschritten**

Die Landtagsfraktionen von Linken und Grünen kritisierten, durch den Einsatz bewaffneter Polizisten in einem anderen Bundesland habe die sächsische Polizei ihre Kompetenzen deutlich überschritten. Der sächsische Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdis betonte: „Sollte die Thüringer Polizei von den sächsischen Behörden nicht informiert worden sein, liegt ein Verstoß gegen das Thüringer Polizei-Organisationsgesetz vor, das eine Unterrichtungspflicht der örtlich zuständigen Polizeibehörden vorsieht, wenn Polizeibeamte anderer Länder in Thüringen Strafverfolgung betreiben.“

Ziel der Aktion sei gewesen, „Kommunikations- und Tatmittel“ sicherzustellen, die bei den Krawallen am 19. Februar in Dresden genutzt worden sein könnten, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft Dresden mit. Bei den Ausschreitungen waren damals mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Die Beamten hätten auch den blauen Kleinbus beschlagnahmt, der mit Lautsprechern in Dresden im Einsatz war, sagte König. Er sitzt für die „Bürger für Jena“ im Jenaer Stadtrat. Der Staatsanwaltschaft zufolge wurden aus diesem Bulli Demonstranten aufgefordert: „Deckt die Bullen mit Steinen ein!“

### **König: Aktion „gezielt gegen meine Person“**

König wertete die Hausdurchsuchung als Aktion „gezielt gegen meine Person“. Er habe sich in der vergangenen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ kritisch zur Polizeiarbeit in Sachsen geäußert. Unter anderem warf er den Beamten im Zusammenhang mit den Ermittlungen nach dem Neonazi-Aufmarsch „SED-Methoden“ vor. Dadurch sei er wohl ins Visier der Ermittler geraten. Die „Junge Gemeinde“ kündigte Proteste gegen die Razzia an.

Die Durchsuchung so kurz nach der Kritik im „Spiegel“ müsse kritisch gesehen werden, erklärte auch der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Henning Homann. Es dränge sich der Eindruck auf,

die Ermittlungsbehörden litten unter Verfolgungswahn. „Warum fahren sächsische Polizeibeamte nach Thüringen, um dort Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen, anstatt die thüringischen Kollegen im Wege der Amtshilfe hierfür einzusetzen?“

### **„Parlamentarisches Nachspiel“ angekündigt**

Die Fraktionsvorsitzende der Thüringer Grünen, Anja Siegesmund, kündigte an, der Alleingang der sächsischen Polizei werde „ein parlamentarisches Nachspiel haben - in beiden Ländern“. Die Linke-Fraktion warf der sächsischen Polizei einen „massiven rechtswidrigen Grundrechtseingriff“ vor. Die Durchsuchung sei ein „übler Versuch, Menschen von weiterem Engagement abzuschrecken“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martina Renner. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Metz kritisierte „zweifelhafte Methoden der sächsischen Justiz und Polizei“.

Die Thüringer FDP wies auf die Problematik von Razzien bei Pfarrern mit Schweigepflicht hin. So könnten seelsorgerische und persönlich sensible Unterlagen in unbefugte Hände gelangen. Auch der stellvertretende Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Hans Mikosch, betonte, die Durchsuchung von Diensträumen eines Pfarrers berge auch immer die Gefahr der Verletzung von Seelsorge-Geheimnissen. (dpa)

## **Büro-Arrest für den Polizeipräsidenten**

### **SZ 10.8.11 Von Karin Schlottmann**

Markus Ulbig (CDU) ist weit davon entfernt, ein harter Kerl zu sein. Er haut nicht mit der Faust auf den Tisch, wenn ihm etwas nicht passt. Der Innenminister ärgert sich still, wenn die Dinge schief laufen und wartet auf eine Gelegenheit, zu reagieren.

Sein Landespolizeipräsident Bernd Merbitz verkörpert den etwas anderen Typ. Mit kräftiger Statur, Uniform und seiner manchmal etwas poltrigen Art tritt er gern als jemand auf, der durchgreift, wenn es nötig ist. Damit macht er Eindruck. Seine Kritiker lästern dagegen, Kameras und Fotografen würde eine magische Anziehungskraft auf Merbitz ausüben.

Mit medienwirksamen Auftritten ist es nun vorbei. Ulbig hat sich offenbar genug geärgert. „Landespolizeipräsident Merbitz hält sich künftig stärker im Haus auf“, antwortet Ulbig auf Anfrage der SZ. „Ich habe ihm das deutlich gesagt.“ Der Landespolizeipräsident werde sich ab sofort ausschließlich seiner Aufgabe als Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ im Innenministerium widmen. Dazu gehören Landespolizei, Katastrophenschutz und Feuerwehr.

Seit vier Jahren ist Merbitz Polizeipräsident, davon die letzten beiden Jahre unter Ressortchef Ulbig. Zuletzt kümmerten sich beide um die Polizeireform. Sie ist mit Stellenabbau und personellen Verschiebungen verbunden, die Basis sieht das skeptisch. Für die interne Überzeugungsarbeit war Merbitz mit seiner langen Karriere in der Polizei der richtige Mann. Er hat bei der DDR-Volkspolizei angefangen und besitzt jede Menge Stallgeruch. Vielleicht war das der Grund, warum Ulbig ihn gewähren ließ. Merbitz' Bedürfnis, das Licht der Öffentlichkeit zu suchen, hat er jedenfalls sehr lange toleriert.

Im Mai initiierte Merbitz eine öffentliche Abrechnung mit Leipzig. In einem Interview kanzelte er den Umgang der Stadt mit Drogenabhängigen als „Wohlfühlpolitik“ ab. Behörden, Sozialarbeiter und Stadtrat fehle der Wille, Missstände zu ändern. Dieser Frontalangriff war umso bemerkenswerter, weil Merbitz nicht nur oberster Polizist im Land ist. Er ist – nach seinem SED-Austritt 1989/90 – in die CDU eingetreten und Beisitzer im Landesvorstand der Partei geworden.

Leipzig wird seit über 20 Jahren von SPD-Oberbürgermeistern regiert. Da Merbitz' Ehrgeiz bekannt ist, dauerte es nicht lange, bis Medien spekulierten, der Landespolizeipräsident wolle Oberbürgermeister in Leipzig werden. Ob etwas dran ist, darf bezweifelt werden. Aber die Kritiker fühlten sich bestätigt: Er benehme sich wie ein Politiker und nicht wie ein Polizeiführer, sagen sie. Jetzt steht er unter Aufsicht.

Damit ergeht es ihm immer noch besser als seinem Kollegen Dieter Hanitsch. In der Handyaffäre stellte sich Merbitz in den Medien als knallharter Aufklärer dar, der den Dresdner Polizeichef Hanitsch mal eben zum Rapport bestellt. Tatsächlich war es dann Hanitsch, der die Verantwortung dafür übernehmen musste, dass in einem Bericht über die Handyaffäre an den Ministerpräsidenten eine wichtige Information fehlte. Ulbig versetzte ihn zur Strafe rigoros in die Landesdirektion Zentrale Dienste.

### **Standards für Handyabfragen**

Für Ulbig war die Lage brenzlich, die Öffentlichkeit machte ihn für die Erfassung von über einer Million Telefonverbindungsdaten verantwortlich – während Justizminister Jürgen Martens (FDP) es durch geschicktes Krisenmanagement vermieden hatte, mit der Affäre in Verbindung gebracht zu werden. Inzwischen stellt sich Martens vor die Justiz. Doch die Versetzung Hanitschs wird in der Öffentlichkeit und in der Polizei immer noch als Bauernopfer gewertet.

In der Handyaffäre geht Ulbig jetzt in die Offensive. Er will polizeiintern bei künftigen Funkzellenabfragen Qualitätsstandards durchsetzen. „Wir wollen schon bei der Beschreibung des Ermittlungsziels die Verhältnismäßigkeit prüfen.“ Technisch sei es zudem möglich, die Funkzellen genauer zu vermessen und dadurch kleinere Datenmengen zu erhalten. Eine Berichtspflicht der Polizei über Ermittlungsverfahren an den Minister werde es aber nicht geben. „Ich will und darf nicht über alles informiert werden“. Die Kriterien für die Datenerhebung sollen mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmt werden. Ulbig lässt aber keinen Zweifel: „Es darf nicht sein, dass die Funkzellenabfrage künftig nicht mehr möglich ist.“

## **Umstrittene Durchsuchung bei Pfarrer: Jenaer OB Schröter bezieht Stellung**

### **DNN online 10.8.11**

Dresden / Jena. Wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs bei den Ausschreitungen am 19. Februar 2011 hat die Sonderkommission 19/2 der Dresdner Polizei am Mittwoch die Wohn- und Pfarrräume des beschuldigten Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht.

Lothar König wies die Vorwürfe zurück. Er habe in Dresden „gemacht, was wir bei solchen Demos immer machen: Die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern“, sagte der 56-Jährige der Nachrichtenagentur dpa. Dies werde ihm nun als Beteiligung an der Eskalation ausgelegt.

Der beschuldigte Pfarrer sei laut Staatsanwaltschaft Dresden verdächtig als Fahrer und Halter eines Kleintransporters mittels Lautsprecherdurchsagen, die er selbst vorgenommen habe oder durch andere aus seinem Fahrzeug hat vornehmen lassen, zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen aufgewiegelt zu haben.

So wurde laut Mitteilung über die Lautsprecheranlage des Fahrzeuges des Beschuldigten im Bereich der Nossener Brücke in Dresden zu einer Menge von etwa 1000 Personen gerufen: „Deckt die Bullen mit Steinen ein“. Woraufhin mehrere Steinwürfe auf Polizeifahrzeuge erfolgten. Bei der Durchsuchung in Thüringen wurden ein Kleintransporter, Schriftgut und Datenträger sichergestellt.

Der Oberbürgermeister der Stadt, Albrecht Schröter, der selbst an den Demonstrationen am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden teilnahm, war von den Durchsuchungen der sächsischen Beamten sehr überrascht. Bei den Demonstrationen in Dresden war er unter anderem Redner bei einer Versammlung am Comeniusplatz.

„Als Oberbürgermeister dieser Stadt verwahre ich mich gegen eine Kriminalisierung von Zivilcourage. Meinem Eindruck nach setzte sich Pfarrer König bei allen Demonstrationen deeskalierend ein.“ Auch bei Jugendlichen, die sich übermotiviert engagiert hätten, habe er sich für gewaltlose Lösung ausgesprochen. „Ich habe nie erlebt, dass er zu Gewalt aufgerufen hat“, berichtet Schröter über den 56-Jährigen.

Der Jenaer Oberbürgermeister kennt den beschuldigten Pfarrer König seit Jahren. „Bis 1997 war ich evangelischer Pfarrer. Wir waren Kollegen auf einem gemeinsamen Weg, sind gemeinsam zu fast allen möglichen Demonstrationen gegen Rechtsextreme gefahren.“ Mehr als fragwürdig bezeichnete der OB aus Jena auch die Durchsuchungen der Pfarrräume in Jena. Laut Dresdner Staatsanwaltschaft seien nur die Wohnräume des Verdächtigen durchsucht worden.

Auf der anderen Seite könne er die Aktion der Polizei nachvollziehen. In Dresden seien Dinge passiert, die die Polizei nicht hinnehmen könne, schließlich seien bei den Demonstrationen auch Beamte verletzt worden. Schröter vermutet mit Hinblick auf den 13. Februar 2012 eine vorbeugende Taktik der Polizei, die Demonstranten eventuell einschüchtern soll.

## **Jugendpfarrer in Jena weist Vorwürfe der Dresdner Ermittler zurück**

### **DNN online 10.8.11**

Dresden/Jena. Monate nach den Ausschreitungen am Rande eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden hat die Polizei am Mittwoch die Wohnung des bekannten Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Das sagte der Dresdner Staatsanwalt Jan Hille der Nachrichtenagentur dpa. Weitere Details wollte er mit Verweis auf den am Vormittag noch laufenden Einsatz zunächst nicht machen.

Protestant Lothar König, der im Jenaer Stadtrat für die „Bürger für Jena“ sitzt, werde aufwieglerischer Landfriedensbruch vorgeworfen, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Ziel sei es, „Kommunikations- und Tatmittel“ sicherzustellen, die bei den Krawallen am 19. Februar in Dresden genutzt worden sein könnten. Bei den Ausschreitungen waren damals mehr als 100 Polizisten verletzt worden.

Lothar König wies die Vorwürfe zurück. Er habe in Dresden „gemacht, was wir bei solchen Demos immer machen: Die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern“, sagte der 57-Jährige der Nachrichtenagentur dpa. Dies werde ihm nun als Beteiligung an der Eskalation ausgelegt.

Königs Tochter, die Thüringer Linke-Landtagsabgeordnete Katharina König, hatte dem MDR 1 Radio Thüringen gesagt, die Beamten würden in der „Jungen Gemeinde Jena“ das Dienstzimmer ihres Vaters durchsuchen. Etwa 20 Beamte aus Sachsen hätten das gesamte Gebäude in der Innenstadt abgeriegelt. Die „Junge Gemeinde“ gehört zur evangelischen Kirche der Stadt. Nach Worten der Grünen-Landtagsabgeordneten Siegesmund, die den sächsischen Polizeieinsatz in Jena unmittelbar miterlebte, sollen das Thüringer Innenministerium und die Polizei nichts von dem Einsatz gewusst haben. Sie würde als Abgeordnete auch von sächsischen Einsatzleitern keinerlei Auskünfte bekommen, sagte Siegesmund der dpa. „Was läuft hier schief? Der Einsatz wird ein

parlamentarisches Nachspiel haben - in beiden Ländern." Das Thüringer Innenministerium wollte im Laufe des Tages eine Stellungnahme abgeben.

Zur Hausdurchsuchung sächsischer Polizisten bei dem Jugendpfarrer erklärte Kerstin Köditz, Obfrau der Fraktion die Linke im Innenausschuss des Sächsischen Landtags: „Das Verhalten der Polizei in Zusammenhang mit der Verfolgung von Straftaten bei den Demonstrationen am 19. Februar in Dresden nimmt inzwischen immer abstrusere und geradezu wahnwitzige Züge an." Dafür spreche, dass die Polizeidirektion Dresden eine Razzia in kirchlichen Räumen vornehmen lasse, ohne ihre thüringischen Kollegen im Vorfeld darüber zu informieren. Dass der Verdächtige die Ausschreitungen absichtlich aktiv gefördert haben soll, sei fragwürdig. Wer Jugendpfarrer König kenne, wisse, wie unsinnig eine solche Annahme sei, so Köditz in einer Mitteilung.

Als "absolut skandalös" und "massiven rechtswidrigen Grundrechtseingriff", bezeichnete die Innenpolitikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Martina Renner, die Durchsuchungsaktion. „Hier überschreitet die Sächsische Polizei nach dem Skandal um die Handydaten erneut ihre Kompetenzen und hält unverzichtbare Verhaltensregeln und Vorschriften nicht ein", protestierte Renner.

Der Skandal werde laut Renner noch dadurch vergrößert, dass die am Ort des Geschehens anwesenden Parlamentarier Ralph Lenkert (MdB, Die Linke) und Anja Siegesmund, (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag) von der sächsischen Polizei gehindert werden, ihre verfassungsrechtlich verbürgten Informationsrechte als Abgeordnete wahrzunehmen.

Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Metz kritisierte den Einsatz der sächsischen Polizei in Jena. „Die zweifelhaften Methoden der sächsischen Justiz und Polizei dürfen sich nicht auf Thüringen ausweiten", erklärte er. „Ich will wissen, welche Rolle die zuständigen Thüringer Behörden gespielt haben. Warum die sächsische Polizei in Thüringen wirkt."

In Dresden seien die Proteste in den vergangenen Jahren kriminalisiert, die Demonstranten pauschaliert und ein Klima der Missachtung gegenüber der Zivilgesellschaft gepflegt worden. Es sei jetzt wichtig, deutlich zu machen, dass Antifaschismus nicht kriminalisiert werden darf.

Nach Angaben von Siegesmund haben die sächsischen Beamten auch den Kleinbus der „Jungen Gemeinde" beschlagnahmt, versiegelt und weggefahren. Er soll am 19. Februar mit Lautsprechern in Dresden im Einsatz gewesen sein. Die „Junge Gemeinde" will laut Siegesmund gegen die Durchsuchung demonstrieren

## **Razzia bei Jenaer Jugendpfarrer König**

### **MDR online 10.8.11**

Eine Polizeiaktion hat am Mittwoch in Jena für Aufregung gesorgt: Sächsische Polizisten durchsuchten im Haus der evangelischen Jungen Gemeinde die Wohnung und Diensträume des Pfarrers Lothar König. Der Vorwurf: Er soll am 19. Februar in Dresden bei Demonstrationen gegen einen Naziaufmarsch zu Straftaten aufgerufen haben. König bestreitet das. Die Aktion, die ohne Wissen des Thüringer Innenministeriums stattfand, sorgte für Protest.

Die sächsische Polizei hat am Mittwochmorgen die Wohnung und die Dienstzimmer des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Das bestätigte seine Tochter, die Linken-Landtagsabgeordnete Katharina König, MDR 1 RADIO THÜRINGEN. 20 bis 30 Beamte der Dresdner Kriminalpolizei hätten dafür das Gebäude der "Jungen Gemeinde Stadtmitte" in der

Jenaer Johannisstraße komplett abgeriegelt.

Die sächsischen Polizisten beschlagnahmten auch den Kleinbus der Jungen Gemeinde.

Wie Dresdner Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, wird dem evangelischen Pfarrer aufwieglerischer Landfriedensbruch vorgeworfen. Hintergrund seien die Ausschreitungen am Rande eines Nazi-Aufmarschs in Dresden am 19. Februar. Unter anderem soll König versucht haben, ein Einsatzfahrzeug der Polizei abzudrängen. Außerdem soll er Tatverdächtige "durch Aufnahme in sein Fahrzeug der Strafverfolgung entzogen" haben. Ein Sprecher der Polizei Dresden sagte, Ziel des Einsatzes in Thüringen sei die "Sicherstellung von Kommunikations- und Tatmitteln", die bei den Ausschreitungen in Dresden genutzt wurden.

König, der auch Mitglied des Jenaer Stadtrats ist, wies die Vorwürfe zurück. Er habe durch die Anmeldung einer Spontandemonstration eher deeskalierend gewirkt. Die Demo wäre zudem von den örtlichen Einsatzkräften genehmigt worden.

"Wir haben gemacht, was wir bei solchen Demos immer machen: Die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern."  
*Lothar König, Jenaer Jugendpfarrer und Stadtrat*

### **Thüringer Behörden nicht informiert**

Die Aktion in Jena lief ohne Wissen und Beteiligung der Thüringer Behörden ab. Ein Sprecher des Thüringer Innenministeriums erklärte, dass dieses keine Kenntnis von der Razzia der sächsischen Kollegen gehabt habe. Die Thüringer Polizei sei weder an der Einsatzplanung noch an der Durchsuchung beteiligt gewesen. Die Entscheidung darüber liege bei der Dresdner Staatsanwaltschaft.

Die Mitteldeutsche Landeskirche reagierte mit Kritik auf die Hausdurchsuchung. Der Geraer Regionalbischof Hans Mikosch hält die Aktion für unangemessen. Er sagte, er hätte "zumindest erwartet, dass die Polizei die geplante Aktion im Einvernehmen mit den Vorgesetzten des Pfarrers durchführt".

Die Grünen-Fraktionschefin Anja Siegesmund, die den Polizeieinsatz in Jena unmittelbar miterlebte, bezeichnete das Gebaren der sächsischen Polizei als "unterirdisch". Sie kündigte an, dass der Einsatz in beiden Ländern ein parlamentarisches Nachspiel haben werde.

Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Metz kritisierte die Aktion und sprach von zweifelhaften Methoden der sächsischen Justiz und Polizei.

Der Jenaer Linke-Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert sagte, "ich habe den Eindruck, dass man auf sächsischer Seite den Protest gegen Neonazis kriminalisieren will." Es sei fraglich, welche Beweise jetzt überhaupt noch sichergestellt werden sollten. Die sächsischen Beamten hätten den anwesenden Abgeordneten jegliche Auskunft verweigert.

### **Polizisten bei Krawallen verletzt**

Nach Angaben von Siegesmund haben die sächsischen Beamten einen Computer, eine Papiertüte und einige CDs sichergestellt. Zudem hätten sie auch den Kleinbus der Jungen Gemeinde beschlagnahmt. Er soll am 19. Februar mit Lautsprechern in der sächsischen Großstadt im Einsatz gewesen sein. Laut Staatsanwaltschaft Dresden soll aus dem Fahrzeug über die Lautsprecher gerufen worden sein: "Deckt die Bullen mit Steinen ein."

Am 19. Februar hatten Tausende Menschen in Dresden einen geplanten Neonazi-Aufmarsch

blockiert. Der Protest wurde von schweren Krawallen überschattet. Mehr als 100 Polizisten waren dabei verletzt worden. Am Rande der Demo erfasste die Polizei mehr als eine Million Handy-Daten, was bundesweit scharfen Protest auslöste.

## Demos von Links und Rechts in Dresden

Tausende Demonstranten protestierten in Dresden gegen drei Aktionen von Rechtsextremen. Unter ihnen sind auch gewaltbereite Linke. Kirchen hielten friedliche Mahnwachen ab. Am Mittwochabend protestierten mehrere Hundert Menschen vor dem Haus der Jungen Gemeinde in Jena gegen die Polizeiaktion. Die Polizei sprach von rund 500 Teilnehmern - unter ihnen auch Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) sowie Grünen-Fraktionschefin Siegesmund.

## **Abgeordnete kritisieren Razzia der sächsischen Polizei in Jena Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs - Pfarrer weist Vorwürfe zurück**

### **Freie Presse online 10.8.11**

Jena (dapd-lth). Thüringer Politiker haben empört auf die Durchsuchungen der sächsischen Polizei bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König reagiert. "Ich habe den Eindruck, dass man auf sächsischer Seite den Protest gegen Neonazis kriminalisieren will", sagte der Jenaer Linke-Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert. Fraglich sei zudem, welche Beweise knapp sechs Monate nach den Protesten in Dresden noch sichergestellt werden sollten. Die Beamten hätten den anwesenden Abgeordneten jegliche Auskunft verweigert.

Gegen König wird nach den Protesten gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch im Februar in Dresden wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs ermittelt. Die stellvertretende Fraktionschefin der Linke im Landtag, Martina Renner, bezeichnete den Einsatz als einen "üblen Versuch, Menschen von weiterem Engagement abzuschrecken".

Die sächsische Polizei überschreite ihre Kompetenzen und missachte die Befugnisse der Thüringer Behörden, sagte Renner weiter. Das Innenministerium sei nicht über den Einsatz informiert worden. Ein Sprecher der Behörde bestätigte dies auf dapd-Anfrage. Die Entscheidung darüber liege bei der Dresdner Staatsanwaltschaft. Dieses Vorgehen sei zwar unüblich, aber rechtlich zulässig.

"Das Gebaren der sächsischen Polizei ist unterirdisch", sagte die Grünen-Fraktionschefin Anja Siegesmund. Nach ihren Angaben stellten die Beamten einen Computer, eine Papiertüte und einige CDs sicher. Zudem sei der Bus der Jungen Gemeinde beschlagnahmt worden. Für den Nachmittag rief diese zu einer Kundgebung vor dem Gebäude auf.

SPD-Vize-Fraktionschefin Sabine Doht forderte eine zügige Aufklärung der Ereignisse. "Dass die sächsische Polizei in Thüringen Hausdurchsuchungen durchführt und die Thüringer Behörden darüber offenbar nicht ausreichend informiert hat, ist schon ein sehr verwunderlicher Vorgang", sagte die Abgeordnete. Der friedliche Protest gegen Rechtsextreme dürfe nicht kriminalisiert werden. Es müssten nun die Untersuchungsergebnisse abgewartet werden.

König selbst reagierte mit Unverständnis auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er habe unter anderem durch die Anmeldung einer Spontandemonstration während der Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch zur Deeskalation beigetragen, sagte er der Nachrichtenagentur dapd. Dies werde ihm nun aber als Beteiligung an einer Eskalation der Lage ausgelegt. Die Aktion sei zudem von den örtlichen Einsatzkräften genehmigt worden. Er sei am frühen Morgen über die Razzia

informiert worden. Er selbst sei gerade im Urlaub in Tirol.

Die Staatsanwaltschaft Dresden hatte nach eigenen Angaben eine richterliche Anordnung für die Durchsuchungsaktion erwirkt. Daraus könne man einen konkreten Tatverdacht ableiten, sagte der Sprecher der Behörde, Jan Hille. Für den Nachmittag kündigte er weitere Informationen an. Bei der Staatsanwaltschaft laufen nach Angaben Hilles derzeit 687 Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der Großdemonstration - unter anderem wegen Körperverletzung, Landfriedensbruchs, Brand- und Sprengstoffdelikten, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und Sachbeschädigung.

In Dresden hatten am 19. Februar rund 17.000 Demonstranten einen geplanten Neonazi-Aufmarsch blockiert. Dabei kam es zu schweren Krawallen. 112 Polizisten wurden nach offiziellen Angaben verletzt. Am Rande der Demonstration erfasste die Polizei mehr als eine Million Handydaten, was bundesweit scharfen Protest auslöste.

Dapd

## **Jugendpfarrer soll zu Dresdner Krawallen aufgestachelt haben Ermittler durchsuchen seine Räume in Jena - Kirche und Parteien kritisieren das Vorgehen**

**Freie Presse online 10.8.11**

Dresden/Jena (dapd-lsc). Ein Jugendpfarrer aus Jena ist bei den Ermittlungen zu den Krawallen in Dresden am 19. Februar ins Visier der sächsischen Behörden geraten: Die Staatsanwaltschaft Dresden ließ am Mittwoch dessen Wohnräume durchsuchen. Sie kündigte an, den 56-jährigen Pfarrer Lothar König anzuklagen. Dieser soll von einem inzwischen sichergestellten Fahrzeug aus zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer bestritt die Vorwürfe. Die evangelische Kirche und Politiker in Sachsen und Thüringen reagierten empört.

Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Jan Hille, sagte auf dapd-Anfrage, der Verdacht gründe sich auf Videoaufnahmen der Polizei von der Demonstration und auf Unterlagen. "Es wird eine Anklage geben", sagte er. Dem Pfarrer droht nach seinen Angaben eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten. Ihm werden schwerer aufwieglerischer Landfriedensbruch, versuchte Strafvereitelung und Nötigung vorgeworfen.

Bei der Demonstration von rund 17.000 Menschen gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch soll König als Fahrer und Halter eines Kleintransporters über Lautsprecher zu Gewalttaten aufgefordert haben und andere Personen ebenfalls zu Wort kommen lassen. So sei einer Menge von 1.000 Personen zugerufen worden: "Deckt die Bullen mit Steinen ein!" Daraufhin seien mehrere Steine auf Polizeifahrzeuge geworfen worden.

Der Pfarrer soll außerdem versucht haben, ein Einsatzfahrzeug der Polizei abzudrängen. Zudem soll er Tatverdächtige, die von Polizisten auf frischer Tat verfolgt wurden, "durch Aufnahme in seinem Fahrzeug der Strafverfolgung entzogen" haben.

### **"Zur Deeskalation beigetragen"**

Bei der richterlich angeordneten Durchsuchung der Wohnräume war der Pfarrer nicht anwesend, er ist im Urlaub und ließ sich durch einen Rechtsanwalt vertreten. Dieser habe bisher keine Rechtsmittel eingelegt, sagte Staatsanwalt Hille. Sichergestellt wurden das Fahrzeug, die Lautsprecheranlage, "Schriftgut" und Datenträger.

Nach Angaben Hilles laufen derzeit 687 Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der Großdemonstration. Für bundesweite Empörung sorgte die Dresdner Polizei, als sie am Rande der Demonstration mehr als eine Million Handydaten erfasste. Verdächtige, denen ähnlich schwere Vorwürfe wie dem Pfarrer gemacht werden, wurden Hille zufolge bislang noch nicht ermittelt.

Der Jugendpfarrer und Stadtrat König widersprach den Vorwürfen. Er habe mit der Anmeldung einer Spontandemonstration während der Proteste zur Deeskalation beigetragen, sagte er der dapd.

### **„Wie die Axt im Walde“**

Die Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) kritisierte das Vorgehen der Ermittler als unangemessen. Der stellvertretende EKM-Landesbischof Hans Mikosch sagte, es bestehe die Gefahr, dass bei der Durchsuchung der Diensträume das Seelsorge-Geheimnis verletzt werde.

Kritik kam auch von SPD, Grünen und Linken. Der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Henning Homann meinte, es dränge sich der Eindruck auf, die Ermittlungsbehörden litten unter Verfolgungswahn. "Nach friedlichen Sitzblockierern und Gewerkschaftern gerät nun offensichtlich auch die Kirche in den Fokus der sächsischen Ermittlungsbehörden."

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi warf den Strafverfolgungsbehörden "Verfolgungseifer" vor. Sie gehe wie "die Axt im Walde" vor - "und jetzt auch noch außerhalb von Sachsen". Sollte die Thüringer Polizei tatsächlich nicht informiert worden sein, liegt zudem ein Verstoß gegen das Thüringer Polizeiorganisationsgesetz vor.

SPD-Vize-Fraktionschefin im Thüringer Landtag, Sabine Doht forderte eine zügige Aufklärung der Ereignisse. "Dass die sächsische Polizei in Thüringen Hausdurchsuchungen durchführt und die Thüringer Behörden darüber offenbar nicht ausreichend informiert hat, ist schon ein sehr verwunderlicher Vorgang". Auch die FDP forderte Aufklärung. Die stellvertretende Fraktionschefin der Linken, Martina Renner, warf der sächsischen Polizei Kompetenzüberschreitung vor.  
dapd

## **Pfarrer erhält nach Razzia breite Unterstützung**

**500 Demonstranten protestieren gegen Hausdurchsuchung - Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs**

### **Freie Presse online 10.8.11**

Jena (dapd-lsc). Im Hinterhof der Johannisstraße 14 in Jena herrscht hektisches Treiben. Sozialarbeiter Kai Gottschalk bereitet die Lautsprecheranlage der Jungen Gemeinde vor, vier junge Leute arbeiten an einem rund fünf Meter langen Transparent. "Unsere Solidarität gegen ihre Repression" prangt in großen Lettern auf orangefarbenem Hintergrund. Die Zeit drängt, denn in nur einer Stunde beginnt die spontan anberaumte Demonstration gegen die Hausdurchsuchung bei Pfarrer Lothar König.

Kurz nach 6.00 Uhr morgens sei das Einsatzkommando der sächsischen Polizei angerückt, erinnert sich der Student Matthias Quemt, der für Königs Tochter Katharina arbeitet, die für die Linken im Landtag sitzt. Als der Einsatz bekannt wurde, sei er sofort als Zeuge in die Johannisstraße gekommen. Rund zwanzig Polizisten hätten die Wohnung gestürmt, während zusätzliche Kräfte in den Seitenstraßen und am Lautsprecherwagen der Jungen Gemeinde die Stellung hielten. Neben

zahlreichen Unterlagen hätten die Polizisten auch das Fahrzeug konfisziert und nach Dresden gebracht.

Gegen den Pfarrer wird nach den Protesten gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch im Februar in Dresden wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs ermittelt. "Das ist totaler Unsinn. Lothar ist zwar definitiv politisch sehr engagiert. Er ist aber niemand, der zu Straßenschlachten oder Gewalt gegen die Polizei aufrufen würde", sagt Quemt. Auch Gottschalk von der Jungen Gemeinde kann die Aufregung um Pfarrer König nicht verstehen. "Lothar König hat auf allen Demos immer deeskalierend gewirkt."

### **Staatsanwaltschaft kündigt Anklage an**

Die Ermittler sehen das anders: Nach Auffassung der Dresdner Staatsanwaltschaft rief er Demonstranten von einem Lautsprecherwagen aus zur Gewalt gegen Polizisten auf. Der Pfarrer soll außerdem versucht haben, ein Einsatzfahrzeug der Polizei abzudrängen. Die Staatsanwaltschaft kündigte an, den 56-Jährigen anzuklagen.

Im Gespräch mit der dapd wies König die Vorwürfe zurück. Ohne seinen Einsatz habe vielmehr eine Eskalation der Lage in Dresden gedroht, sagt er. Zudem sei die von ihm angemeldete Spontandemonstration von den anwesenden Polizisten genehmigt worden. Der Pfarrer, der am Mittwoch noch in Urlaub war, war am Morgen über den Einsatz informiert worden.

Ich finde die Vorwürfe unglaublich", sagte seine Tochter. Ihr Vater lasse sich aber nicht einschüchtern. Vor vier Wochen habe er erfahren, dass gegen ihn wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt werde. Er habe daher mit einer Razzia gerechnet. Die Polizei habe es nicht interessiert, dass es sich um Pfarrräume handelt. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland kritisierte das Vorgehen der Polizei. Politiker von SPD, Linken und Grünen reagierten empört.

### **Bürgermeister "steht neben Lothar König"**

Zu der spontanen Kundgebung versammeln sich am Abend rund 500 Menschen vor dem Gebäude der Jungen Gemeinde. Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) sagte, König sei nicht immer bequem, er habe aber nie erlebt, dass er die Jugend zur Gewalt angestachelt habe. Der Pfarrer spiele eine wichtige Rolle in Jena. "Ich stehe neben Lothar König", betont Schröter. Die Razzia sei ein Versuch, Demonstranten einzuschüchtern.

In einer von Katharina König am Abend verlesenden Erklärung heißt es, wer Proteste gegen Neonazis organisiere, laufe Gefahr, als "ein Krimineller und Hetzer" abgestempelt zu werden. Lothar König spricht von einem "sächsischen Sommertheater". Zugleich dankte der den Protestlern am Abend. Es gehe nicht um "eine einzelne Person", sondern um das "Grundverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft".

dapd

### **Wohnung von Jugendpfarrer nach Dresdner Krawallen durchsucht**

#### **LVZ online 10.8.11 von Theresa Münch und Antje Lauschner, dpa**

Dresden/Jena. Monate nach den Ausschreitungen am Rande eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden hat die Polizei am Mittwoch die Wohnung des bekannten Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Ihm werde aufwieglerischer Landfriedensbruch vorgeworfen, sagte der Dresdner Staatsanwalt Jan Hille der Nachrichtenagentur dpa. König soll aus einem Lautsprecherwagen

Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer wies die Vorwürfe zurück.

Er habe in Dresden „die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern“, sagte der 57-Jährige der dpa. Dies werde ihm nun als Beteiligung an der Eskalation ausgelegt.

Sächsische Beamte hatten am Morgen Königs Dienstwohnung bei der „Jungen Gemeinde Jena“ durchsucht. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis vom Einsatz der Kollegen. Die Thüringer Polizei sei weder an der Einsatzplanung noch an der Durchsuchung beteiligt gewesen, sagte ein Ministeriumssprecher.

Die Landtagsfraktionen von Linken und Grünen kritisierten, durch den Einsatz bewaffneter Polizisten in einem anderen Bundesland habe die sächsische Polizei ihre Kompetenzen deutlich überschritten. Der sächsische Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdis betonte: „Sollte die Thüringer Polizei von den sächsischen Behörden nicht informiert worden sein, liegt ein Verstoß gegen das Thüringer Polizei- Organisationsgesetz vor, das eine Unterrichtungspflicht der örtlich zuständigen Polizeibehörden vorsieht, wenn Polizeibeamte anderer Länder in Thüringen Strafverfolgung betreiben.“

Mehrere Hundert Jenaer protestierten am Abend gegen die Razzia. Er werde auch weiter hinter König stehen, kündigte Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) an. „Wir werden wieder in Dresden sein. Wir lassen uns nicht einschüchtern“, sagte er. Die Razzia der sächsischen Polizei sei ein „schwerwiegender Vorgang“. Die Polizei Jena sei erst kurz vor dem Einsatz informiert worden.

Die Beamten hätten auch den blauen Kleinbus beschlagnahmt, der mit Lautsprechern in Dresden im Einsatz war, sagte König. Er sitzt für die „Bürger für Jena“ im Jenaer Stadtrat. Der Staatsanwaltschaft zufolge wurden aus diesem Bulli Demonstranten aufgefordert: „Deckt die Bullen mit Steinen ein!“

König wertete die Hausdurchsuchung als Aktion „gezielt gegen meine Person“. Er habe sich in der vergangenen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ kritisch zur Polizeiarbeit in Sachsen geäußert. Unter anderem warf er den Beamten im Zusammenhang mit den Ermittlungen nach dem Neonazi-Aufmarsch „SED-Methoden“ vor. Dadurch sei er wohl ins Visier der Ermittler geraten.

Die Durchsuchung so kurz nach der Kritik im „Spiegel“ müsse kritisch gesehen werden, erklärte auch der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Henning Homann. Es dränge sich der Eindruck auf, die Ermittlungsbehörden litten unter Verfolgungswahn. „Warum fahren sächsische Polizeibeamte nach Thüringen, um dort Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen, anstatt die thüringischen Kollegen im Wege der Amtshilfe hierfür einzusetzen?“

Die Fraktionsvorsitzende der Thüringer Grünen, Anja Siegesmund, kündigte an, der Alleingang der sächsischen Polizei werde „ein parlamentarisches Nachspiel haben - in beiden Ländern“. Die Linke-Fraktion warf der sächsischen Polizei einen „massiven rechtswidrigen Grundrechtseingriff“ vor. Die Durchsuchung sei ein „übler Versuch, Menschen von weiterem Engagement abzuschrecken“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martina Renner. Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Metz kritisierte „zweifelhafte Methoden der sächsischen Justiz und Polizei“.

Der stellvertretende Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Hans Mikosch, betonte, die Durchsuchung von Diensträumen eines Pfarrers berge auch immer die Gefahr der Verletzung von Seelsorge-Geheimnissen.

## **Heftige Proteste nach Durchsuchung bei Jenaer Jugendpfarrer: „Amoklauf der Behörden“**

Leipziger Internet Zeitung 10.8.11 Matthias Weidemann & Michael Freitag

Kaum war die Durchsuchung der Wohnung sowie der Diensträume durch die sächsische Polizei bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König publik geworden, erhob sich der erwartete Proteststurm. Und das in heftigster Weise. Von der „Axt im Walde“ über „Verfolgungswahn“ bis hin zum „Amoklauf“ reicht das Vokabular der Empörung. Ob SPD, Linke, Bündnis90/Die Grünen oder das Dresdner Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ bis hin zur Evangelischen Kirche in Sachsen und Mitteldeutschland (EKM). Alle vereint der Zorn gegen diese Demonstration geballter Staatsmacht.

Hintergrund: Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 19. Februar in Dresden wurde durch die Staatsanwaltschaft Dresden die Durchsuchung der Wohnung des Jugendpfarrers wegen „aufwieglerischem Landfriedensbruchs“ veranlasst. Grund genug für viele Politiker und Aktivisten, die Vorgehensweise der sächsischen Exekutive auf das Schärfste zu rügen. So wie Johannes Lichdi, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Sächsischen Landtag, der der Dresdner Staatsanwaltschaft mangelndes Einfühlungsvermögen vorwirft: „Das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden ist sensibel wie 'die Axt im Walde' - und jetzt auch noch außerhalb von Sachsen. Ich erwarte umfassende Erklärungen zu diesen Ermittlungsmaßnahmen von den zuständigen Ministern im Rechts- und Innenausschuss des sächsischen Landtags. Es ist für mich unvorstellbar, dass Stadtjugendpfarrer König schwere Straftaten begangen hat. Ich habe großes Verständnis dafür, dass dieses Vorgehen in Thüringen helle Empörung auslöst. Dass zudem Thüringer Landtagsabgeordneten jegliche Auskünfte verweigert werden, offenbart einmal mehr, wie intransparent sächsische Strafverfolgungsbehörden agieren.“

Weiter wirft der Landespolitiker den Polizeibehörden Verletzungen des Polizeigesetzes vor: „Sollte die Thüringer Polizei von den sächsischen Behörden tatsächlich nicht informiert worden sein, liegt zudem ein Verstoß gegen das Thüringer Polizeiorganisationsgesetz vor, das eine Unterrichtspflicht der örtlich zuständigen Polizeibehörden vorsieht, wenn Polizeibeamte anderer Länder in Thüringen Strafverfolgung betreiben. Das ist mindestens ein 'unfreundlicher Akt'.“

Henning Homann, Sprecher für demokratische Kultur und bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag findet zu den Hausdurchsuchungen im thüringischen Jena ebenfalls scharfe Worte: „Hat dieses Vorgehen System? Auf schwere Fehler der Sächsischen Landesregierung und der Ermittlungsbehörden folgen Verfahren und diffamierende Ermittlungsmaßnahmen gegen Kritiker. Die Durchsuchung kurz nach der massiven Kritik von Pfarrer König im Spiegel (gemeint ist die Ausgabe Nr. 31/1.8.11, d. Red.) wirft zumindest viele Fragen auf. Diese müssen dringend aufgeklärt werden. Wer trägt die Verantwortung für den Einsatz? Welche Einheiten waren an der Durchsuchung beteiligt? Wann und in welchem Umfang wurden die thüringischen Behörden informiert? Warum fahren sächsische Polizeibeamte nach Thüringen um dort Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen, anstatt die thüringischen Kollegen im Wege der Amtshilfe hierfür einzusetzen, wie es normalerweise üblich ist? Auf welcher Ebene wurde der Einsatz angeordnet?“

Henning Hohmann sieht die Durchsuchung als einen unrühmlichen Höhepunkt im Nachgang zu den Ermittlungen wegen der Demonstrationen in Dresden: „Die Durchsuchungen beim Stadtjugendpfarrer in Jena sind ein neuer trauriger Höhepunkt der Ermittlungen im Nachgang der Demonstrationen im Februar in Dresden. Es drängt sich mehr und mehr der Eindruck auf, die Ermittlungsbehörden litten unter Verfolgungswahn. Nach friedlichen Sitzblockierern und Gewerkschaftern gerät nun offensichtlich auch die Kirche in den Fokus der sächsischen

Ermittlungsbehörden.“ Es würde niemanden mehr überraschen, so Homann weiter, wenn die Staatsanwaltschaft Dresden bald Anzeichen für die Bildung einer kriminellen Vereinigung innerhalb der thüringischen Landeskirche unterstellt.

Der SPD-Politiker: „Das Vorgehen gegen engagierte Demokratinnen und Demokraten muss endlich ein Ende haben. Natürlich müssen gewalttätige Straftäter verfolgt werden. Dies darf aber nicht dazu führen, dass friedliche Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften und Kirchen ins Visier von Staatsanwaltschaft und Polizei geraten. Wer sich für die Demokratie engagiert ist willkommen, nicht verdächtig. Ein differenzierteres Vorgehen der sächsischen Ermittlungsbehörden ist dringend geboten.“

Rico Gebhardt, der Landesvorsitzende der Linken in Sachsen, spricht gar von unterträglichen Dimensionen der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft: „Langsam ist das Maß voll! Wenn Menschen bzw. zivilgesellschaftliche AkteurInnen ihren politischen Widerstand gegen Naziaufmärsche und braunen Ungeist zum Ausdruck bringen wollen, wie am 19. Februar 2011 in Dresden, und sie im Anschluss daran durch die Dresdner Staatsanwaltschaft eingeschüchtert, ja sogar über die Grenzen des Freistaates hinaus durchsucht werden, dann ist hier eine Dimension der Verfolgung zivilgesellschaftlichen Engagements erreicht, die unerträglich ist.“

Klaus Bartl, Stellvertretender Landesvorsitzender der Linken Sachsen und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag äußert ergänzend dazu: "Die Steigerungsformen, die wir in Bezug auf staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen um den 19. Februar 2011 in Dresden erleben müssen, gleichen einem Amoklauf. Angefangen bei Durchsuchungen von unter anderem unseren Parteibüros und einer Anwaltskanzlei am 19. Februar 2011 selbst, weitergehend über den Einsatz von IMSI-Catchern sowie fast grenzenlosem Abfragen von Funkzellen bei Telefonanbietern, schließlich die heutige Durchsuchung der Jenaer Gemeinde - in meinen Augen hat die Dresdner Staatsanwaltschaft hier längst den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen. Wir fordern die Dresdner Staatsanwaltschaft auf, die rechtsstaatlichen Grundsätze wieder in den Mittelpunkt ihres Agierens zu rücken und der Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen nicht weiterhin freien Lauf zu lassen."

Auch das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ verurteilt die Hausdurchsuchung der Wohnung des Jenaer Jugendpfarrers und Stadtrates Lothar König als neuerlichen Akt repressiver Gewalt gegen zivilgesellschaftliches Engagement. Bündnissprecherin Franziska Radtke heute dazu: „Offensichtlich ist den sächsischen Ermittlungsbehörden nichts mehr heilig. Nach illegalen Stürmungen von Partei- und Anwaltsbüros in Dresden trifft es nun auch Kirchenräume in anderen Bundesländern. Der Kreuzzug gegen vermeintliche Linksextreme wird in Richtung Westen ausgeweitet, ohne die zuständigen Behörden in Thüringen zu informieren.“ Weder das Thüringer Innenministerium noch die Polizei vor Ort seien durch die sächsischen Behörden über den Einsatz in Kenntnis gesetzt worden. Unklar sei bisher, ob Beamte der sächsischen Polizei ohne Amtshilfesuch gehandelt haben.

„Sollte sich herausstellen, dass die sächsische Polizei ihre Kompetenzen überschritten hat, muss das in Sachsen und Thüringen Konsequenzen nach sich ziehen. Wir fordern daher schnellstmögliche Aufklärung. ‚Sächsische Demokratie‘ darf jetzt nicht auch in anderen Bundesländern Schule machen!“, so Radtke weiter. Lothar König engagiere sich seit Jahren für Integration benachteiligter Menschen, setze sich aktiv gegen Nazis ein und genieße bundesweite Anerkennung. „Die Nervosität der sächsischen Ermittlungsbehörden ist spürbar. Noch immer haben sie nichts vorzuweisen, so dass nun auch die aberwitzigsten Anschuldigungen konstruiert werden, Gesetze und Verfahrenswege übergangen sowie Mandatsträger ihrer demokratischen Rechte beraubt werden.“, ergänzt Radtke.

Derweil sicherte die Evangelische Kirche in Sachsen dem betroffenen Jugendpfarrer Solidarität und

Rechtsbeistand zu und warnte davor, dass die Gefahr bestehe, bei der Durchsuchung der Diensträume eines Pfarrers, das Beichtgeheimnis zu verletzen. Auch die Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM) ist entsetzt über das Vorgehen am heutigen Morgen: "Wir halten das Vorgehen der Dresdner Kriminalpolizei für unangemessen", kommentiert Dr. Hans Mikosch, Geraer Regionalbischof und stellvertretender Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Er hätte zumindest erwartet, dass die Polizei die Vorgesetzten des Pfarrers über die geplante Aktion informiert. Zudem weist auch Mikosch in seiner Wortmeldung darauf hin, dass bei der Durchsuchung von Diensträumen immer die Gefahr der Verletzung des Seelsorge-Geheimnisses besteht. Generell gelte für Mikosch die Unschuldsvermutung, solange ihm nichts Gegenteiliges bekannt ist. "Der Pfarrer wird seitens unserer Kirche den nötigen Rechtsbeistand erhalten", kündigte er ebenfalls an.

Lothar König hält sich derzeit im Urlaub in Südtirol auf. Laut Informationen von Radio MDR-Info äußerte er via Handy Unverständnis und Verärgerung gegenüber dem Vorgehen der Polizei. Auf der heute in Jena stattfindenden Spontandemonstration gegen die polizeilichen Maßnahmen wurde zudem bekannt, dass der Seelsorger bereits selbst an einer Mitteilung schreiben würde. Auf der gleichen Veranstaltung nannte der Jenaer OBM Albrecht Schröter (SPD) die Durchsuchung einen Akt der "versuchten Einschüchterung" gegen alle, welche gemeinsam mit ihm am 19. Februar 2011 friedlich in Dresden demonstriert hatten und rief die Teilnehmer bereits jetzt für den 19. Februar kommenden Jahres zum erneuten Gang nach Dresden auf.

In Jena macht seit heute Mittag das Wort "Unrechtsstaat" die Runde.

## DNN 10.8.11

### **Handydatenaffäre: Opposition spricht von Rasterfahndung**

Dresden (DNN/chk). Nach der massenhaften Speicherung von Handydaten bei Dresdner Demonstrationen am 19. Februar vermutet die Grünen-Fraktion im Landtag eine Rasterfahndung durch die Ermittlungsbehörden. Wie eine Kleine Anfrage des rechtspolitischen Sprechers Johannes Lichdi an Innenminister Markus Ulbig (CDU) ergab, hat die Sonderkommission 19/2 das Fallanalyse-System eFAS eingesetzt, das auch Rasterfahndungen ermöglicht. Dabei werden die Verkehrs- und Bestandsdaten der betroffenen Handynutzer automatisch mit polizeilernen Datenbanken abgeglichen. „Offenbar gleichen sie alles mit allem ab, in der Hoffnung, so auf weitestgehende Ermittlungsansätze zu stoßen“, sagte Lichdi gegenüber DNN. Ob eFAS bei den Ermittlungen zu den Ausschreitungen vom 19. Februar eingesetzt wurde, ließ Ulbig offen mit Verweis auf laufende Verfahren.

Mittlerweile geht es in der Handydatenaffäre um über zwei Millionen Datensätze. Zum einen holte die Polizei rund um die Proteste gegen einen Neonazi-Aufmarsch im Februar 138 000 Verkehrsdatensätze bei den Mobilfunkanbietern ein. Weitere 896 000 Datensätze sammelte das Landeskriminalamt zur Ermittlung von Straftaten bei den Demonstrationen. Eine weitere Million Daten hatte das LKA bereits 2009 in Dresden erhoben, nach dem Brandanschlag auf eine Bundeswehrkasernen. Justiz- und Innenministerium rechtfertigen dies, weil nicht benötigte Daten gelöscht würden.